

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum Tod von Alex Möller: Trauer um einen großen Alten der SPD. Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zur Fehleinschätzung von Formaldehyd: Gefahrstoff-Verordnung ändern. Seite 2

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, zu den jüngsten Arbeitslosenzahlen: Regierung sieht tatenlos los. Seite 3

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, zu Kohls Ansehen bei der deutschen Wirtschaft: Nahe am Nullpunkt. Seite 5

Barbara Simons MdEP zur Schonung Bothas durch die Rechten: Politische Signale verhindert. Seite 6

40. Jahrgang / 189

3. Oktober 1985

Wir trauern um den Freund und Begleiter

Zum Tode von Alex Möller

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mit Alex Möller verliert die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer großen Alten. Wir trauern um den Freund und Begleiter.

Der Lebensweg von Alex Möller war über sechzig Jahre lang mit der sozialdemokratischen Partei verbunden. In der Zeit vor 1933 hat er der deutschen Demokratie unschätzbare Dienste geleistet. Ein unerschütterlicher Gegner der Nazis, hat er nach deren Ende in wichtigen öffentlichen Ämtern geholfen, die zweite Demokratie aufzubauen und zu festigen: In Baden-Württemberg, im Deutschen Bundestag, als Bundesfinanzminister und in der Führung der SPD.

Wohl nur er konnte das scheinbare Paradox, das er zum Titel eines seiner Bücher wählte - „Genosse Generaldirektor“ - beispielhaft leben. Die Tätigkeit in der Politik wie in der Wirtschaft bedeuteten ihm Dienst am Gemeinwesen.

Alex Möller hat sich um unser Land verdient gemacht.

(-/3.10.1985/rs/ks)

+ + +

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verändertes Gewicht
aus ökologischer Verantwortung
Kontrolliertes Papier



Gefährlichkeit von Formaldehyd wurde falsch eingeschätzt**Bundesregierung muß die Gefahrstoff-Verordnung jetzt ändern**

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die massive Einflußnahme der Industrie auf die Endfassung des gemeinsamen Formaldehyd-Berichts des Bundesgesundheitsamtes, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und des Umweltbundesamtes hat dazu geführt, daß die Gefährlichkeit von Formaldehyd in der Bundesrepublik falsch eingeschätzt worden ist. Formaldehyd, einer der wichtigsten organischen Grundstoffe der chemischen Industrie, wurde jetzt von dem obersten wissenschaftlichen Beratungsgremium der EG-Kommission als „krebserzeugend“ eingestuft.

Die Experten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz haben damit nachträglich „Recht“ bekommen. Sie wollten Formaldehyd auf Grund von Tierversuchen als krebserzeugend einstufen. Die Experten der anderen Behörden, die argumentierten, die Zufuhr von gerade noch erträglichen Mengen von Formaldehyd sei bei den Tierversuchen überschritten worden, und Formaldehyd sei daher nur als krebverdächtig einzustufen, hatten damals die Unterstützung des von Heiner Geißler geführten Gesundheitsministeriums und setzten ihre Meinung in dem Formaldehyd-Bericht durch. Diese falsche Bewertung wurde dann auch in die Gefahrstoff-Verordnung übernommen.

Es ist zu begrüßen, daß auf EG-Ebene eine Bewertung der Gefährlichkeit dieser Chemikalie nach strengen Kriterien vorgenommen wurde. Die Bundesrepublik Deutschland hat dadurch aber ihre bisher bestehende Vorreiterrolle im Umweltschutz verloren.

Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, die beschlossene Einstufung von Formaldehyd als krebserzeugend zu akzeptieren und die Folgerungen daraus zu ziehen. Sie muß unter anderem die Gefahrstoff-Verordnung, die noch nicht endgültig im Kabinett verabschiedet worden ist, so ändern, daß Formaldehyd in die Liste der krebserzeugenden Stoffe aufgenommen wird und die Kennzeichnung von Formaldehyd mit dem Gefahrensymbol des Totenkopfs, der Gefahrenbezeichnung „giftig“ und mit dem Hinweis „kann Krebs erzeugen“ vorgeschrieben wird. Alle formaldehydhaltigen Produkte müssen gekennzeichnet werden, damit die Verbraucher auf andere Produkte ausweichen können.

Die notwendige grundsätzliche Überarbeitung der Gefahrstoff-Verordnung mit dem Ziel eines verstärkten Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherschutzes wird diese Regierung nicht leisten können, solange sie sich wie bisher einseitig an den Interessen der Industrie orientiert. Da der Bundestag bei diesem Vorhaben nicht mitwirken kann, können nur noch die Bundesländer die notwendigen Änderungen der Gefahrstoff-Verordnung im Bundesrat erzwingen.

Der Schutz der Gesundheit aller Menschen muß Vorrang haben. Verbraucher und Arbeitnehmer müssen so schnell wie möglich wirksamer vor so gefährlichen Stoffen wie Formaldehyd geschützt werden.

(-/3.10.1985/rs/ks)

+ + +



Ein mieser September - und die Regierung jubelt

Zu den Arbeitsmarktzahlen der Nürnberger Bundesanstalt

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Es verging und es vergeht in diesem „Jahr drei nach der Wende“ kein Monat, in dem die bundesdeutschen Arbeitslosenzahlen nicht auf Rekordhöhe klettern würden. Nach dem Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli und August 1985 bietet am heutigen Tage auch der September 1985 mit einer Arbeitslosenzahl von sage und schreibe 2.151.577 ein katastrophales Bild. Noch nie waren so viele Menschen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos und arbeitssuchend registriert wie in diesem Monat.

Und unsere Bundesregierung mit ihrem Dr. Kohl auf dem Kabinettssessel mit der höchsten Lehne hat nichts Besseres zu tun, als die Gewerkschaften anlässlich der bevorstehenden Aktionswoche vor einer „Politik der verbrannten Erde“ zu warnen.

Der „Oberpyromane und Brandstifter“ am Sozialstaat spielt den Biedermann, verlogener geht's nimmer!

Und die Bundesanstalt für Arbeit verbreitet am heutigen Tage trotz der genannten Rekordzahl an Arbeitslosen (+ 8.091 gegenüber dem Vorjahresmonat) und einer Arbeitslosenquote von 8,7 Prozent (+ 0,1 gegenüber dem Vorjahresmonat) erneut die Mär vom Arbeitsmarkt, der „sich ein wenig bessert“, und von der „leichten konjunkturellen Besserung auf dem Arbeitsmarkt“.

Die Zahlen sprechen eine andere Sprache - vor allem, wenn zu den offiziell registrierten die schätzungsweise 1,4 Millionen Arbeitslosen aus der stillen Reserve hinzukommen.

Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1985 beläuft sich die Massenarbeitslosigkeit auf 2.337.700, das sind 46.700 mehr als im gleichen Zeitraum 1984. Dabei belief sich im dritten Quartal 1985 der Zugang an Arbeitslosen auf 953.600 (11.500 mehr als 1984 im gleichen Zeitraum). Die Zahl der Personen, die zuvor noch nicht oder seit längerem nicht mehr erwerbstätig waren, betrug 296.400 (+ 18.100 gegenüber dem Zugang des Vorjahres). Von diesem Personenkreis hatten vor der Arbeitslosmeldung 97.900 eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besucht, die übrigen Arbeitslosmeldungen gingen auf Personen zurück, deren Schulbesuch bereits längere Zeit zurückliegt.

Bezieht man an dieser Stelle mit ein, daß nach den jüngsten Zahlen noch 59.700 Jugendliche eine Ausbildungsstelle suchen, wird das gesamte Ausmaß der Probleme deutlich.

Im 3. Quartal 1985 belief sich die Zahl der Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit auf 962.400 und ging damit um 51.300 über das Ergebnis des Vorjahres hinaus. Die Bundesanstalt verweist dabei auf ihre Erfahrungswerte, nach denen etwa zwei Drittel dieser Personen eine Beschäftigung aufnehmen. Mit anderen Worten: Auch die BA geht von einem weiteren Ansteigen der stillen Reserve um mehrere hunderttausend Menschen aus.

Kanzler im Eignungstest

Kohls Ansehen bei der deutschen Wirtschaft strebt dem Nullpunkt zu

Von Karl Weinhofer MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Daß über Helmut Kohl Witze am Fließband produziert werden, weiß mittlerweile jedes Kindergartenkind. Daß Satiriker und Kabarettisten androhen, ihre Arbeit einzustellen, weil im Kanzleramt nur noch Realsatire produziert werde, kann man an jeder Ecke lesen. Weniger bekannt ist allerdings, wie es um das Ansehen des Kanzlers in den Reihen der deutschen Wirtschaft bestellt ist.

Die Zeitschrift „Industriemagazin“ hat in ihrer Septemberausgabe die Ergebnisse eines Eignungstests der Politiker Kohl, Genscher, Späth, Stoltenberg und Strauß veröffentlicht. Sie fallen für Kohl so vernichtend aus, daß an seiner Stelle jeder andere Politiker Konsequenzen ziehen würde. Aber unseren Kanzler mit seiner Nehmerqualität - die einzige, die er hat - wird auch dies nicht erschüttern.

Zusammenfassend heißt es in der Kanzlerreportage: „Wenn der Regierungschef nach ähnlich strengen Maßstäben ausgewählt würde, wie Führungskräfte in der Wirtschaft, säße Helmut Kohl nicht im Kanzleramt.“ Auf einer Skala von 1 bis 5 erreichte er mit 2,15 Punkten von den genannten fünf Politikern mit Abstand das schlechteste Ergebnis. Selbst der „Wendelin“ Genscher überholt ihn trotz seines immensen öffentlichen Vertrauensverlustes um Längen.

Gemessen wurde nach den Maßstäben Fach- und Führungskompetenz, Entschluß- und Entscheidungsfreudigkeit, Persönlichkeit sowie internationales Prestige. Fazit für Kohl: „ein vernichtendes Ergebnis“. Die Einzelbeurteilung lautet: „Entscheidungs- und Führungsschwäche“, „selten klare Entscheidungen“, „nebulöse Vorstellungen“, „keine Impulse“, „schwammige Reden“, „eine miese Note in puncto Sachkompetenz“, „Horror vor Sachfragen“, „peinliche außenpolitische Gehversuche“, „starke Defizite im Bereich Internationalität und Weltläufigkeit“. Ein Selbständigen-Funktionär erteilt ihm als Kanzler die Note fünf (mangelhaft). Und welche Anerkennung, welchen Respekt er noch in den eigenen Reihen genießt, macht schlagend das Zitat eines Unionsabgeordneten deutlich: „Der Mann denkt doch nur ans Essen.“

So vernichtend wie die Beurteilung der Person des Bundeskanzlers, so fällt auch die der Politik der Bundesregierung aus. Als die allgemeine Stimmungslage treffend wiedergebend, wird ein Industrievertreter so zitiert: „Das Falscheste an den Entscheidungen der Regierung Kohl ist, daß sie zum großen Teil nicht getroffen wurden.“ So sei es letztendlich egal, „wer oben rumkaspert“. Weitere Detailbeurteilungen des Industriemagazins: „inkonsequente Umweltpolitik mit dem Katalysatordebakel“, „versäumter Subventionsabbau“, „halbherziges Herumdoktern an den überbordenden Sozialausgaben“, „ungenügende Steuersenkungen“, „Herumexperimentieren ohne erkennbares Konzept am Kabelsalat“, „kopfloser Eiertanz um die Sonderanleihe bei Besserverdienenden“, „Offenbarungseid“ bei der „Privatisierung von Bundesunternehmen“, „Leistungsabfall“, „schlaffer Eindruck“.

Fazit zu diesem wohl kaum zu überbietenden Rekord an Pannen, Fehlentscheidungen, Schlappen und Skandalen: „In Bonn scheint der Dilletantismus Regie zu führen.“ Auch in Wirtschaftskreisen ist mittlerweile die Erkenntnis durchgedrungen, daß die bloße Ablehnung sozialdemokratischer Politik nicht zum Regieren reicht. Man hat erkannt, daß es ein Konzept nur für zwei Vorhaben gab: den Abbau der Neuverschuldung und die Raketenstationierung. Dem Kanzler müßte es in den Ohren klingen: „Ansonsten gab es nur leere Versprechungen.“

Fast süffisant-sarkastisch legt man den Finger in die Wunde: „Was wäre auch von einer Regierung zu erwarten, die Mitte der Legislaturperiode 80 Prozent ihrer Arbeit absolviert hat, wie der Kanzler stolz verkündet.“ Also Zeit zum Abtreten? Müßte nicht ein derartig vernichtendes Urteil aus den Reihen derer, deren Freundschaft und Sponsortätigkeit Kohl sich so gerne rühmt, ihn zur Demission veranlassen? Das Kohlsche Aussitzen aller Situationen könnte man auch - mal bayerisch gesagt - als den Triumph des Arsches über das Gehirn beschreiben.

(-/3.10.1985/rs/ks)

+ + +

Wichtige politische Signale gegen Südafrika verhindert

Die europäischen Mitte/Rechts-Parteien haben kein Konzept für den Umgang mit dem Botha-Regime

Von Barbara Simons MdEP

Die Paritätische Versammlung AKP-EWG hat auf ihrer Tagung in der letzten Woche in Inverness (Schottland) zwar ihre Solidarität mit dem African National Congress (ANC) und der United Democratic Front (UDF) und deren mutigen Widerstand gegen die Apartheid in Südafrika bekundet. Auch werden in der Resolution dieses parlamentarischen Gremiums mit Vertretern der 66 mit der EG assoziierten Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks und des Europäischen Parlaments alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert,

- das UN-Waffenembargo einzuhalten und alle Formen der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit zu beenden;
- die sportlichen und kulturellen Beziehungen abzubrechen;
- den Verhaltenskodex für in Südafrika tätige EG-Unternehmen zu verschärfen sowie seine Anwendung zum Gegenstand eines Berichtes an das Europäische Parlament und die Paritätische Versammlung zu machen;
- und den Frontstaaten im südlichen Afrika die Unterstützung zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, ihre unfreiwillige Abhängigkeit von Südafrika zu verringern.

Aber in der Debatte, die mit hoher Qualität geführt wurde und an der sich auch der ANC-Vertreter in Großbritannien als Beobachter beteiligen konnte, haben die Mitte/Rechts-Parteien in ihrer absoluten Konzeptlosigkeit weitergehende Forderungen und somit wichtige politische Signale verhindert. Europas Konservative und Liberale setzen weiterhin auf Reformen des Apartheid-Regimes. Gegen die eindeutige Haltung der AKP-Vertreter und des linken Spektrums der EG-Parlamentarier sollen die Investitionen, Bankkredite und Handelsbeziehungen erst gestoppt werden, wenn die südafrikanische Regierung nicht bis zur nächsten Sitzung der Paritätischen Versammlung ein Programm mit Maßnahmen zur Beendigung der Apartheid eingeführt und Verhandlungen mit den schwarzen Führern aufgenommen hat.

Diese Frist wird im Januar 1986 ablaufen. Der Ort der Tagung dürfte die Zögernden zu eindeutigerer Stellungnahme zwingen: Swasiland, direkt vor der Haustür des Apartheid-Regimes.

(-/3.10.1985/rs/ks)

+ + +